

# „Vor uns ein verlorenes Jahrzehnt?“

**DR. HANNES ANDROSCH,  
EX-POLITIKER UND HEUTE  
INDUSTRIELLER INVESTOR**

*„Politik heißt gestalten,  
nicht taktieren.  
Daher brauchen wir  
einen nationalen  
Schulterschluss, um unser  
Land wieder zukunfts-  
stark zu machen.“*

► Gut hat das 21. Jahrhundert nicht begonnen, dessen erstes Dezennium in die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren mündete.

In einer Welt, die durch die Bevölkerungsexplosion immer größer, durch die digitale Revolution und moderne Verkehrstechnologien immer kleiner, insgesamt aber immer schwieriger wird, hat die Politik bei dieser globalen Krisenbedrohung zunächst durchaus erfolgreich gehandelt: Durch massive wirtschaftspolitische Interventionen wurde eine Kernschmelze des Finanz- und Bankenwesens und ein weiterer Absturz der Weltwirtschaft verhindert.

Der Beginn des Bankencrashes liegt inzwischen mehr als drei Jahre zurück. Doch längst ist die Bankenkrise nicht ausgestanden und die Wirtschaftskrise nicht überwunden. Eine zeitgemäße Finanzarchitektur ist in Europa erst in Bruchstücken entstanden. Die Geldpolitik und die Haushaltspolitik einzelner Staaten gehen in unterschiedliche Richtungen, eine stabilisierende

Wechselkurspolitik fehlt. Zudem hat die Krise der Staatsfinanzen noch nicht einmal richtig begonnen, wenn man die Auswirkungen der demografischen Zeitenwende einbezieht.

## Österreich als Frühpensionisten-Eldorado

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat in Österreich die in den letzten 20 Jahren nicht nur immer steiler gewordene Schieflage der öffentlichen Finanzen bewusst gemacht, sondern auch deren Ursachen: Vergeudung, Verschwendung und Ineffizienz vor allem im öffentlichen Sektor, strangulierende Dienstrechte samt einem Überstand an Personal, oft ohne entsprechend produktive Leistungen, aber auch großzügigste Pensionsregelungen sowie übergroße, intransparente Subventionen – 8,5 Milliarden Euro über dem europäischen Schnitt – haben Österreich in die Schuldenfalle getrieben. Unser Land ist mit mehr als 500.000 Menschen im vorzeitigen Ruhestand und großzügigen Hackler-Regelungen, die vorwiegend von Beamten in Anspruch genommen werden, zum Frühpensionisten-Eldorado geworden.

Dementsprechend muss immer mehr Steuergeld ins Pensionssystem zuge-

Foto: FOLTIN, Jindrich/Wirtschaftsblatz/picturedesk.com



schossen werden. 2009 ist dieser Betrag um 34 Prozent auf 3,5 Milliarden Euro gestiegen, heuer wird mit 4,3 Milliarden Euro gerechnet. Die Generation der Babyboomer konsumiert Pensionsleistungen auf dem Rücken ihrer Kinder und Enkelkinder. Jetzt geht es erst einmal darum, den gegebenen gesetzlichen Rahmen auszuschöpfen, die teure Unsitte an Frühpensionierungen einzustellen und ältere Arbeitnehmer für Arbeitgeber wieder besser leistbar zu machen.

Da die öffentlichen Haushalte aufgrund zahlreicher Ausgliederungen „geschönt“ wurden, spiegeln sie das tatsächliche Ausmaß der öffentlichen Verschuldung nicht zur Gänze wider. Alleine die Verschuldung von ÖBB, Asfinag, BIG, Spitälern und dem FLAF ist mit rund 50 Milliarden (!) Euro anzusetzen. Daher sollte der Nationalrat den Rechnungshof beauftragen, gemeinsam mit dem Staatsschuldenausschuss, dem WIFO, dem IHS und der OeNB einen umfassenden Bericht über den Zustand der öffentlichen Finanzen, einschließlich aller aus dem Budget ausgegliederten Positionen, zu erstellen und in einer Vorschau die daraus resultierenden Belastungen für die nächsten zehn Jahre berechnen.

### Die demografische Zeitbombe

Abgesehen von der aufgelaufenen Verschuldung droht den öffentlichen Haushalten eine weitere Misere durch die immer lauter tickende demografische Zeitbombe: Einer immer älter werdenden Bevölkerung steht eine stets abnehmende Geburtenrate gegenüber. Diese Entwicklung führt unweigerlich zu einer Ausdünnung des Arbeitsmarkts, wenn nicht durch eine kluge Zuwanderungspolitik gegengesteuert wird.

Sollte das zweite Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts kein verlorenes werden, dann müssen wir unser wirtschaftliches Wachstum zugunsten einer verstärkten Innovationsdynamik und vor allem auch durch zukunftsorientierte Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung massiv ankurbeln. Wie groß unser Nachholbedarf ist, belegt der Abwärtstrend in internationalen Universitäts-Rankings, in denen Österreich heuer vom 132. auf den 143. Rang zurückgefallen ist, ebenso wie die Ergebnisse von PISA- und OECD-Studien. Deren jüngster Bildungsbericht attestiert Österreich bei

den Akademikerquoten das Niveau des Schwellenlandes Brasilien. Daher rät uns die OECD, mehr in Bildung, Wissenschaft und Forschung als sichere Anlage in die Zukunft zu investieren. Nur auf dem Weg höherer Qualifikationen und einer größeren Innovationsdynamik werden wir wieder höheres wirtschaftliches Wachstum als Voraussetzung für geringere Arbeitslosigkeit und die notwendige Konsolidierung des Budgets erzielen können.

Investitionen in die Zukunft müssen auf der anderen Seite dort rigorosen Einsparungen gegenüberstehen, wo öffentliche Gelder buchstäblich verschleudert werden.

*„Mehr als 5.000 junge Menschen verlassen inzwischen jährlich Österreich, weil sie im Ausland bessere Chancen sehen.“*

### 20 Milliarden Euro Einsparungspotenzial

Das Einsparungspotenzial ist enorm: Es beträgt laut WIFO und Rechnungshof mindestens elf, meines Erachtens sogar bis zu 20 Milliarden Euro. Dieses Potenzial gilt es so rasch wie möglich zu nutzen. Dabei muss auch dem absurden Föderalismus in unserem Land der Kampf angesagt werden, der etwa bei den voneinander nur wenige Kilometer entfernt gelegenen Spitälern oder einer längst nicht mehr zeitgemäßen Schulverwaltung jeweils mit mehrstelligen Millionenbeträgen zu Buche schlägt. So haben sich etwa die Kosten für Landeslehrer von 1990 bis 2010 von 1,7 auf fast 3,4 Milliarden Euro verdoppelt, obwohl die Zahl der Schüler von 663.902 auf 590.796 zurückgegangen ist.

Nicht einzusehen ist, warum der österreichische Steuerzahler für Vergeudungen und sogar Missbräuche, die der Präsident der Wirtschaftskammer Dr. Christoph Leitl etwa im Fall der Wohnbaugelder als „gesetzlich legitimierte Veruntreuung“ bezeichnet hat, noch weitere Belastungen durch neue oder höhere Steuern hinnehmen soll.

In Österreich liegt die Steuerbelastungsquote bereits drei Prozent über dem EU-Durchschnitt. Rund 2,7 Millionen Erwerbstätige, also fast die Hälfte der Steuerpflichtigen, zahlen überhaupt keine Steuern. Die andere Hälfte trifft eine explosive Progres-

sion bei der Einkommens- und Lohnsteuer mit einem Einstiegssteuersatz von 36 Prozent. Der 50-Prozent-Steuersatz ist schnell erreicht. Die zehn Prozent der höchsten Einkommen zahlen in Österreich 60 Prozent der Steuern! Die Schweiz hat eine um 13 Prozent geringere Steuerquote als wir und weist dennoch weitaus bessere Leistungen etwa in der Verkehrsinfrastruktur, im Bildungssektor und bei medizinischen Kennzahlen auf. Im neuen Global Competitiveness Report 2010/2011 nimmt die Schweiz erneut den ersten Rang ein, während Österreich auf Rang 18 gelandet und damit innerhalb von zwei Jahren um weitere vier Ränge abgerutscht ist.

Die andauernde Diskussion über neue und höhere Steuern löst bereits Phantomschmerzen aus und schädigt unseren Wirtschaftsstandort. Österreich musste 2009 einen Einbruch der Industrieproduktion um 20 Prozent und einen Verlust von 80.000 Arbeitsplätzen in der Industrie hinnehmen. Eine weitere steuerliche Verschlechterung wird diesen Trend fortsetzen, da zudem seit 2000 die Lohnstückkosten stärker gestiegen sind als in Deutschland und in der Schweiz. Zur Verringerung der österreichischen Standortattraktivität trägt auch das finanzielle Aushungern der Universitäten und die Rücknahme des Forschungspfades sowie eine bislang fehlende Strategie für FTI bei. Trauriger Beleg dafür ist ein neuer Brain Drain. Mehr als 5.000 junge Menschen verlassen inzwischen jährlich Österreich, weil sie im Ausland bessere Chancen sehen.

### Der Terror des Status quo

Es sind lediglich ein Dutzend Amtsträger in den Ländern und Funktionäre im öffentlichen Bereich, die Österreich in Geiselschaft halten und seine Zukunft gefährden. Wenn der „Terror des Status quo“ gemäß dem Motto des Gewerkschaftsbosses des öffentlichen Dienstes „Es soll so bleiben, wie es ist“ die Oberhand behält, dann kann nicht nur das nächste Jahrzehnt, sondern unsere Zukunft als verloren gelten.

Politik heißt gestalten, nicht taktieren. Daher brauchen wir einen nationalen Schulterschluss, um unser Land wieder zukunftsstark zu machen.

„Der Worte sind genug gewechselt, lasst mich auch endlich Taten sehn“ (Faust I).

